

# Deutschlands Schuldenwahnsinn

Gastbeitrag von Dr. Holger Schmitz, Vorstand der SCHMITZ & PARTNER AG

## Milliarden auf Pump

Es ist immer wieder erstaunlich – oder eher entsetzlich –, wie die Politik versucht, die Leute hinters Licht zu führen. 400 Mrd. EUR möchte die künftige deut-



*Die SCHMITZ & PARTNER AG – Privates Depotmanagement mit Sitz im Schweizer Tessin wurde 1997 zur individuellen Betreuung anspruchsvoller Kunden im Vermögensverwaltungsbereich gegründet. Sie arbeitet mit der 2005 ebenfalls von Dr. Holger Schmitz gegründeten Schmitz & Cie. GmbH – Individuelle Fondsberatung mit Sitz in München zusammen. Schmitz ist seit 1988 in der Vermögensverwaltung tätig und arbeitete mehrere Jahre bei der FIDUKA Depotverwaltung mit der Börsenlegende André Kostolany zusammen, bevor er sich 1993 selbstständig machte. Durch die Kooperation mit der Schmitz & Partner AG haben Anleger die Möglichkeit, in zwei sich ergänzende Vermögensverwaltungsfonds zu investieren: den Schmitz & Partner Global Offensiv sowie den Schmitz & Partner Global Defensiv.*

sche Bundesregierung in die Bundeswehr investieren, 500 Mrd. EUR sollen in die Infrastruktur fließen. Und CDU-Chef Friedrich Merz sowie seine voraussichtlichen „Groß“-Koalitionäre aus Union und der SPD besitzen die Chuzpe, von einem „Sondervermögen“ zu sprechen. Dabei sind es nichts anderes als Sonderschulden, mit denen die Ausgaben finanziert werden.

Die Konsequenzen der unverschämten Verschuldungssorgie sind klar: Die deutsche Staatsverschuldung dürfte von aktuell rund 60% der Wirtschaftsleistung über die Marke von 90% klettern. Und die Verbindlichkeiten werden teurer: Bereits am Tag der Ankündigung des Pakets schossen die Renditen zehnjähriger Bundesanleihen um 30 Basispunkte nach oben. Das war der stärkste Tagesanstieg seit der Wiedervereinigung. Die Zinsbelastung im Haushalt wird also immer größer. Das gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für Frankreich und Italien – Länder, die ohnehin unter einem erdrückenden Schuldendienst ächzen. Kurzum: Die Schuldenquoten steigen, die Zinsen steigen und die Inflation wird ebenfalls steigen. Für den Euro ist das ein giftiger Cocktail – die Kaufkraft der Gemeinschaftswährung sinkt immer schneller.

## Erst sparen, dann ausgeben

Befürworter der Milliardenausgaben mögen nun einwenden, Investitionen seien schlichtweg nötig, um die Bundeswehr auf Vordermann und das Wachstum wieder in die Spur zu bringen. Das mag sein. Es geht aber darum, wie sie finanziert werden. Bund, Länder und Kommunen nehmen jedes Jahr Steuern in Höhe von insgesamt 1 Bio. EUR ein. Geld ist also genug da – es muss lediglich sinnvoller eingesetzt werden und weniger in Staatskonsum als vielmehr in dringend benötigte Investitionen wie eben in die Infrastruktur

fließen. Viel zu viel Geld wird für soziale Wohltaten wie die Mütterrente oder die Absenkung des Renteneintrittsalters auf 63 Jahre verschwendet. Aus meiner Sicht ist eine Reform des Rentensystems längst überfällig – in Kombination mit einer kritischen Überprüfung sämtlicher staatlicher Subventionen. Sind die Einsparpotenziale dann ausgereizt, können immer noch neue Schulden gemacht werden.

Dass sich Einsparungen und Wachstum nicht ausschließen, zeigt der argentinische Präsident Javier Milei: Schuldenabbau und Wirtschaftswachstum gehen in dem südamerikanischen Staat neuerdings Hand in Hand. Er hat die Staatsausgaben seit seiner Wahl vor anderthalb Jahren real um über 30% gesenkt, die Hälfte der Ministerien aufgelöst, die überbordende Bürokratie abgebaut und notwendige Devisen wieder ins Land geholt. Und Deutschland? Startet mit einem „Doppelwumms für Rüstung und Infrastruktur“ (Handelsblatt) eine „Neuverschuldungsexplosion“ (Finanzwoche) und zeigt damit, so die Neue Zürcher Zeitung, „erschreckende ökonomische Unvernunft“. Die Politik kauft sich Zeit für dringend nötige Reformen, die aber am Ende ohnehin wieder nicht kommen: Denn wer sollte ein echtes Interesse an für die Wähler möglicherweise schmerzhaften Einschnitten haben, wenn man stattdessen mit Geld um sich werfen kann?

Mich bestärken die deutschen Sonderschulden abermals in meiner Investmentstrategie: raus aus der Schwachwährung Euro, rein in den Schweizer Franken. Bei den Eidgenossen sorgen eine geringe Staatsverschuldung, niedrige Inflation und eine unabhängige Notenbank für eine starke Währung – und damit ungleich bessere Voraussetzungen für Investoren, die an einem Kaufkrafterhalt ihrer Anlagen interessiert sind. ■